

Kommt heute zur unheiligen Allianz?

KANTONSRAT Das zweite Entlastungspaket wird heute verabschiedet. Wie, ist dabei aber die entscheidende Frage.

CHARLY KEISER
charly.keiser@zugerzeitung.ch

Der Kanton Zug muss dringend weniger ausgeben oder aber mehr Geld einnehmen. Darüber herrscht Einigkeit. Der Grund ist klar: Der Staatshaushalt muss (wieder) ins Lot gebracht werden. Während SP und Alternative-die Grünen die Steuern – und damit die Einnahmen – erhöhen wollen, sind CVP, GLP, FDP und SVP fürs Sparen. Besonders deutlich zeigen sich die Unterschiede beim zweiten Paket des Entlastungsprogramms, das morgen in zweiter Lesung beraten wird. Die Linke stellt sich kaum oder gar nicht gegen neue oder höhere Steuern und Gebühren, wehrt sich aber vehement gegen Leistungskürzungen fast jedwelcher Art.

Die SVP hat sich in der ersten Lesung der Vorlage vor allem gegen «versteckte» Steuererhöhungen und Gebühren gestellt. Die Ausnahme: Bei der Sicherheit wollte die Volkspartei nicht sparen und war gegen die Aufhebung von drei Polizeiposten.

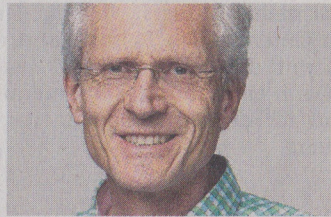
Heute kommt es nun also zum Show-down. CVP und FDP stellen sich mehrheitlich hinter die Regierung beziehungsweise den SVP-Finanzdirektor Heinz Tännler. «Die FDP steht nach wie vor geschlossen hinter dem zweiten Paket des Entlastungsprogramms», betont Fraktionssprecherin Cornelia Stocker (Zug) und fügt an: «Die auf die zweite Lesung eingegangenen Anträge finden aber in unseren Reihen in Einzelfällen gewisse Unterstützung.»

Die GLP unterstütze das Entlastungsprogramm und werde ihm zustimmen, sagt Daniel Stadlin (Zug). Die Partei unterstütze an der zweiten Lesung die Priorisierung beim Kulturlastenausgleich, die Festlegung des Kostendeckungsgrades der konzessionierten Schifffahrt auf 65 Prozent, was einem gleich lautenden Antrag der GLP an der ersten Lesung entspreche, sowie die Beschränkung der Abgabe des Zuger Passes auf IV-Bezüger mit Ergänzungsleistungen.

Und auch der CVP ist es wichtig, dass dem Entlastungsprogramm zugestimmt wird. Denn Fraktionschef Andreas Hausheer (Steinhausen) sagt: «Wir unterstützen die Anträge der ersten Lesung bis auf eine Ausnahme.» Es gebe zwar Schönheitsfehler, wie zum Beispiel das Verschieben von Ausgaben auf später oder in andere Töpfe, was nicht wirklich sparen sei, ergänzt Hausheer. «Aber da

das Entlastungsprogramm nur als Ganzes wirksam ist, sind wir verschiedene Konzessionen eingegangen.»

Einen Strauss von Anträgen für die zweite Lesung stellt die SVP. Sie möch-



«Für uns steht das Gemeinwohl über den Partikularinteressen.»

DANIEL STADLIN,
ZUGER GLP-KANTONSRAT

te den Pendlerabzug nicht auf 6000 Franken reduziert haben und stellt sich auch gegen die Reduktion der Fremdbetreuungs- und Eigenbetreuungsabzüge. Die Kosten für polizeiliche Leistungen sollen zudem nicht den Leuten aufgebürdet werden, die einen Unfall verursachen. «Die sind ohnehin schon mit verschiedensten Schwierigkeiten konfrontiert.» Wie schon in der ersten Lesung will die SVP die Aufhebung der Polizeiposten

Steinhausen, Hünenberg und Menzingen verhindern. Die Fraktion wird jedoch zur Mehrheit dem Entlastungspaket zustimmen, wie dem entsprechenden Bericht zu entnehmen ist. Wer wie stimme, hänge aber damit zusammen, welchen Erfolg die Anträge der Partei zuvor hätten.

Liebäugeln mit dem Referendum

Ganz anders tönt es von links: «Die SP ist mit mehreren Beschlüssen der ersten Lesung nicht einverstanden und ist der Meinung, dass die Zuger Bevölkerung über das Entlastungsprogramm entscheiden soll», schreibt Olivia Bühler (Cham) für die Partei. Die SP könne sich vorstellen, zusammen mit Gleichgesinnten das Referendum zu ergreifen.

«Die Alternative-die Grünen lehnt das regierungsrätliche «Ent-beziehungsweise Belastungspaket» gerade auch nach den Ergebnissen der ersten Lesung entschieden ab», schreibt die Partei in ihrem Fraktionsbericht. Ein Kanton, der standortmässig top aufgestellt sei und in den vergangenen Jahren Steuergeschenke in Millionenhöhe gemacht habe, spare nun bei Armen, Alten, Kranken und Familien – spart bei Bildung, Kultur und Sozialem, ohne die Steuereinnahmenseite auch wieder anzuschauen. Die Stärke einer Gesellschaft zeige sich darin, wie die

Mehrheit mit den Minderheiten und den Schwächeren umgehe, schreibt die Alternative weiter und betont: «Es darf nicht sein, dass Personen, die bereits benachteiligt sind, noch mehr benachteiligt werden. In diesem Sinne werden wir auch das Behördenreferendum beantragen.»

Hosenlupf um Behördenreferendum

Einen allfälligen Antrag auf Behördenreferendum werde die GLP nicht unterstützen, sagt hingegen Daniel Stadlin (Zug) und fügt an: «Steht doch für uns das Gemeinwohl über den Partikularinteressen.» Dies gilt auch für die FDP. Denn Cornelia Stocker sagt: «Ein allfälliges Behördenreferendum würden wir einstimmig ablehnen.» Genauso klar ist die Meinung der CVP-Fraktion, wie Andreas Hausheer sagt: «Dem Behördenreferendum stimmen wir nicht zu.»

Das Zünglein an der Waage spielt die SVP. Es geht darum, ob sich Manuel Brandenburg (Zug) oder «dessen» Regierungsrat und Finanzdirektor Heinz Tännler durchsetzen. Die Fraktion lehnt das Behördenreferendum grossmehrheitlich ab. Dies aufgrund der drohenden Steuererhöhungen, falls das Entlastungspaket scheitern würde (Ausgabe von gestern). Brandenburg macht sich hingegen für das Behördenreferendum stark.